

## Zonenjugend bezahlt „Förderung“ selbst FDJ durchkreuzt Studien- und Berufsausbildungspläne

Mit dem Hinweis, sie hätten jahrelang die Vorzüge des „Gesetzes zur Förderung der Jugend“ genossen und müßten sich nun allmählich an ihre staatsbürgerlichen Pflichten gewöhnen, wird in diesem Jahr den meisten Jugendlichen Mitteld Deutschlands der selbst vorgezeichnete Ausbildungsweg zerschlagen. Betroffen sind Oberschüler, Studenten und Bewerber für technische Laufbahnen. Erstmals entscheidet in diesem Jahr die FDJ, ob ein Schüler zur Oberschulreife emporsteigen darf, während Abitur und Studium von der Bereitschaft abhängen, ob sich der Betreffende freiwillig zum Militärdienst meldet. Die Berufsausbildung dagegen liegt wieder völlig im Ermessen der FDJ.

Das „Gesetz zur Förderung der Jugend“ hat den Jugendlichen der Zone — soweit sie sich politisch organisierten — eine Reihe großer Vergünstigungen gebracht. Man ließ — immer unter politischem Aspekt! — junge Menschen in hohe und höchste Funktionen aufsteigen. Die FDJ wurde zum Sprungbrett für Staats- und Betriebsfunktionen, die selten mit den Fähigkeiten der Betreffenden harmonierten.

Im Zonenhaushalt wurden für Jugendförderung mehr Mittel bereitgestellt als Renten gezahlt und allein die für die Förderung des Sports ausgegebenen Mittel überstiegen mancherorts den Sozialetat.

### Jeder Pfennig rückzahlbar

Es lag auf der Hand, daß diese Mittel nicht gezahlt wurden, um jungen Menschen eine frohe, unbeschwerte Jugend zu verschaffen. Jeder Nutznießer dieses SED-Gesetzes mußte wissen, daß im Kommunismus nichts ohne seinen Preis abgegeben wird, 1956 nun ist der Zonenhaushalt weitgehend ausgelastet. Er bietet weder Platz für Sonderretats noch für jugendfreundliche Erwägungen. Viele Gemeinden haben in den letzten Wochen Mittelteilungen erhalten, daß die auf sie entfallenden Anteile am „Gesetz zur Förderung der Jugend“ künftig aus „außerplanmäßigen Mitteln“

finanziert werden müssen. Sportstätten und Lehrlingsheime, Kulturhäuser und Jugendklubs sollen mehr als bisher oder ausschließlich auf „freiwilliger Basis“ entstehen. Der Staat hat die Jugend lange genug „gefördert“, nun soll sie sich alleine helfen oder helfen lassen.

Nur umgekehrt hat der Staat die Jugend nicht vergessen. In der FDJ-Organisation läuft gegenwärtig eine Aufklärungskampagne unter dem Motto „Was mache ich nach dem Abitur?“. Die FDJ- und die Schul-Leitungen sind verpflichtet, nur jenen Abiturienten das Studium zu ermöglichen, die zuvor eine Militärdienstzeit ableisten wollen. Den Dienstverweigerern sollen auch die höheren Betriebslaufbahnen verschlossen bleiben. Im vergangenen Jahr haben viele Abiturienten, die mangels KVP-Verepflichtung nicht studieren durften, erst einmal ein Praktikum begonnen, durch das ihnen keine Zeit verloren ging. In diesem Jahr wird es keine Praktikanten geben, die sich vor der „kalten“ Wehrpflicht drücken. In hartnäckigen Diskussionen auf Schul- und FDJ-Versammlungen erfahren die „Arbeiter- und Bauernstudenten“ jetzt, daß ihr Studium die selbstverständliche Verpflichtung zum KVP-Dienst in sich trug.

Noch härter sind jene Jugendlichen betroffen, die 1956 vor der Frage stehen: Oberschulbesuch oder Lehre? Das Ministerium für Volksbildung und das Staatssekretariat für Berufsausbildung wollen künftig weniger Oberschüler und Studenten und mehr landwirtschaftliche Fachkräfte. Man überläßt also der FDJ die Auslese für den Oberschulbesuch und drängt die technisch interessierten Schulabgänger zwangsweise auf landwirtschaftliche Berufe. Viele Jugendliche erhalten nur unter der Bedingung eine Lehrstelle in einem Industriebetrieb, daß sie sich nach einem Jahr in der Landwirtschaft — also meist auf einer MTS — technisch weiterbilden lassen.

### Vom Militärdienst abhängig

Die Tatsache, daß FDJ-Organisation und Pionierleiter über eine der wichtigsten Phasen in der Weiterbildung zu entscheiden haben, hat namentlich unter den Eltern der Betroffenen Unruhe ausgelöst. Bei den Oberschülern, die vor dem Abitur stehen, ist die Reifeprüfung von der Militärdienstfrage abhängig.

Es bleibt nur die Lehre, die man aus diesem für viele Jugendliche zum Verhängnis werdenden „Jugendförderungsjahr“ 1956 ziehen kann: Wer — freiwillig oder unfreiwillig — die kommunistische „Jugendförderung“ in Anspruch nimmt, muß sie teuer bezahlen. Mit seiner Zukunft oder mit einem Kompromiß, das für die meisten schlimmer als der Verzicht auf eine geordnete Berufsausbildung ist. Denn 1000 betrogenen Jugendlichen nützt es wenig, wenn drei von ihnen Staatssekretär oder Direktor geworden sind. Auch wenn diese deren Kern einer „Jugendförderungs-Propaganda“ bilden.

**Johann B. Gradi:**

## Ein politisches Schaltjahr?

Versuchen wir das vielfältige Geschehen von 1955 zu bewerten und dem Jahr 1956 ein bisschen über die Schulter zu sehen. Die Deutschen in der Bundesrepublik können mit den materiellen Fortschritten ganz zufrieden sein. Zwar nicht jeder und nicht im gleichen Maße; aber wenn sie ihr heutiges Leben und ihre Existenzsicherheit vergleichen mit der Ausgangslage vor zehn, ja sogar mit der Situation noch vor vier, fünf Jahren — wenigstens im stillen dürften sie sich dann eingestehen, daß sie Grund zur Zufriedenheit haben.

Wir in Westberlin sind auch ein gutes Stück weitergekommen. Die Arbeitslosigkeit hat erheblich abgenommen. Den Vorsprung der Bundesrepublik haben wir etwas aufholen können. Die weiteren Aussichten sind, wie alle Wirtschaftssachverständigen erklären, nicht schlecht. Allerdings fehlt uns noch immer die ruhige Geborgenheit, an die sich die deutschen Bundesbürger gewöhnt, vielleicht zu sehr gewöhnt haben. Das vergangene Jahr hat uns, angefangen mit den Autobahngebühren, immer wieder deutlich gemacht, daß wir auf einer Insel leben, der die rote Umwelt gern unerfreuliche Überraschungen zufügt.

### Bitteres Warten

Aber was ist das alles gegen das Schicksal jenes anderen großen Teiles unseres Volkes, der wieder ein Jahr entschwinden sieht, das ihm die ersehnte Freiheit, frei von kommunistischem Zwang nach eigener Art zu leben, nicht gebracht hat. Zwei große Ansätze waren 1955, auf die die Menschen des sowjetischen Besatzungsbereiches vielleicht wider die Vernunft, aber eben doch gehofft hatten. Die beiden Konferenzen in Genf haben diese Hoffnungen, die auch unsere Hoffnungen waren, nicht erfüllt, und keine Änderung ist gegenwärtig sichtbar. So ist es kein Wunder, daß die Mitteldeutschen mit gedrückter Stimmung und verbissenem

Groll das alte Jahr verlassen. Ihr Los wäre ihnen schon erleichtert, wenn sie die Gewißheit hätten, daß nicht nur die offiziellen Sprecher, sondern alle Bundesbürger sich diese mitteldeutsche Not bewußt machen.

Niemand kann heute sagen, wie das neue Jahr gehen wird. Vor einem Jahr hat niemand in Österreich geglaubt, daß Wien frei werden, die Rote Armee abziehen und die Besatzungszeit beendet sein würde. Niemand auch — um noch ein Beispiel zu nennen — hätte bei uns angenommen, daß sich die Saarfrage, die vor einem Jahr von aller Welt als ernstes Gefahrenfeld und als schwerste Befästung der deutsch-französischen Beziehungen gewertet wurde, für uns zufriedenstellend entwickeln würde, ohne doch das deutsch-französische Verhältnis zu verschlechtern. Daß es im Gegenteil besser ist als zuvor, das ist nicht zuletzt ein Verdienst der französischen Politik, die sich mit Klugheit, Geschick und Verständigungssinn der Entwicklung angepaßt hat. Jedes Jahr kann also Überraschungen bringen und bringt sie; ob sie immer gut sind, ist eine andere Frage.

Das Jahr 1956 stellt sich allerdings nicht so dar, als ob es schon die großen Entscheidungen bringen wird. Es scheint, daß es nicht nur kalendarisch, sondern auch politisch ein Schaltjahr wird. Ein zwischen-geschobenes Jahr, das leider notwendig ist, um die Zeit politisch reif zu machen.

Das Jahr 1955 hat eine Erbschaft hinterlassen, die für die Menschheit zum Glück werden kann. Die Überentwicklung der Atomwaffe in beiden Weltlagern schaltet für jedes vernünftige Überlegen den Krieg zwischen den Weltmächten als Mittel der Politik aus. Aber davon allein wird die Welt noch nicht besser. Sie wird es nur, wenn die nach wie vor bestehenden Gegensätze nicht erstarren. Den jeweiligen Gegner ohne militärische Gewalt zu überzeugen, und die Bereitschaft, sich ohne Gewalt überzeugen zu lassen, das ist, aktiv und passiv, die Aufgabe, vor der insbesondere die Großen unserer Welt stehen. Es ist offensichtlich nicht leicht, sie zu lernen. Genf hat gezeigt, daß guter Wille ohne entspre-

chendes Handeln nicht genügt.

Der politische Lauf des neuen Jahres wird auch dadurch gebremst sein, daß die künftige Führung der USA erst gegen Jahresende bestimmt sein wird. November 1956 sind die Präsidentschaftswahlen in den USA. Wenn auch die amerikanische Außenpolitik bisher eine gemeinsame Politik der beiden Parteien war, so sind angesichts der neuen internationalen Situation und im Zeichen des Fehlschlages der zweiten Genfer Konferenz, der politischen Bewegung in Asien und Nordafrika und der politischen Aggressivität des Kommunismus wichtige Unterschiede der Beurteilungen und Folgerungen deutlich geworden. So gehört keine Phantasie zu der Annahme, daß auch die sowjetische Politik sich in den großen Fragen abwartend einstellen wird, bis die amerikanische Präsidentschaftwahl die Sicht in die Zukunft wieder freier macht.

### Die Zeit muß genutzt werden

Nichts kann uns Deutschen in unserer Situation unangenehmer sein als die Aussicht, weiter warten zu müssen. Aber warten heißt ja nicht, daß man nichts tun kann. Gerade weil das Jahr 1956 vermutlich ein Jahr der politischen Vorbereitung der Weltmächte ist, gibt es uns nicht nur die Zeit, sondern auch die Pflicht, uns auf die Durchsetzung unseres Hauptanliegens vorzubereiten. Damit ist nicht nur innerdeutsche Aktivität gefordert in der großen Spannweite von dem engen menschlichen Gefühlhalten jedes einzelnen mit Verwandten und Freunden in der Sowjetzone bis zur konkreten Planung der Wiedervereinigungsarbeit. Sondern damit ist auch und insbesondere die Überprüfung der Gesamtlage unter dem Gesichtspunkt gemeint, wie wir Deutsche selber mithelfen können, jene Aufgabe zu lösen, die vorläufig noch ein Rätsel ist: europäische Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung in eine Verbindung zu bringen, die schließlich die Zustimmung aller interessierten Mächte für sich zu gewinnen vermag. Das ist eine Aufgabe, die in enger Fühlung mit dem Westen zu verfolgen ist, für die nunmehr aber auch der so-

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk

Ansprache des Bundespräsidenten

Bonn (Eigenbericht). Bundespräsident Heuss hat über den Rundfunk eine Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk gerichtet. Rückblickend erklärte er, das alte Jahr hinterlasse eine Fülle unbeantworteter politischer Fragen. „Das Wort, fast ein Zauberwort, das die frühen Monate des jetzt sterbenden Jahres durchhellte, hieß Entspannung.“ An dieses Wort hätten ungezählte Millionen große Hoffnungen geknüpft. Heuss erinnerte an die Konferenz der Regierungschefs in Genf mit ihrer lebenswürdigen Atmosphäre, in der die Journalisten den „Geist von Genf“ erkennen wollten. Der Begriff froher Erwartung, eben dieses Wort „Entspannung“, habe sich im herbstlichen Nebel des Genfer Sees in Fragwürdigkeiten verflüchtigt.

Manche der ungelösten Fragen, wie die Wiedervereinigung, seien in ihrem Gewicht deutlicher geworden. Der Osten betrachte die Sowjetzonen-Republik als einen „Naturschutzpark“, in dem die Pflänzlinge gezogen werden, die in der Bundesrepublik zur Frucht kommen sollen. Schon bei seiner Rückkehr ins politische Leben nach 1945 habe er gesagt, daß wir die deutsche Einheit morgen, übermorgen haben könnten, wenn wir sie mit dem Verzicht auf die bürgerliche, die geistige Freiheit bezahlen wollen. Diejenigen, die den Kommunisten mit ihrem patriotisch genannten Vokabular deutsch-nationaler Stammküche Gehör geschenkt hätten, seien erst durch die Sowjetzonen-Flüchtlinge wieder bekehrt worden.

Der Bundespräsident erinnerte dann an den wichtigen Vorgang im abgelaufenen Jahr, als sich die Oberkommissare der drei westlichen Besatzungsmächte am 5. Mai in Botschafter verwandelten. Der Symbolcharakter dieses völkerrechtlichen Vorganges, der nicht von allen begriffen worden sei, habe an der politischen Gesamtlage nichts geändert, wenn auch die Tatsache, daß Moskau und Bonn diplomatische Beziehungen aufgenommen, eine Konsequenz dieser Entwicklung war.

„Sofern die Schiller-Feier dieses Jahres einen nachwirkenden Sinn haben soll“, so fuhr Heuss fort, „dann doch den, zu offenbaren, wohin der Deutsche, wenn er eine Aufgabe über sich hinaus zu erfüllen hat, gehört, nämlich in die Welt der geistigen Freiheit.“ Es sei bedauerlich, daß die Bedeutung Scharnhorst, dessen geistige und geschichtliche Größe darin beruhe, „daß er vom Sittlichen her die

so großartige und ruhmreiche friderizianische Militärtradition mitteillos zerschlug“ und ein neues soldatisches Ethos begründet habe, nicht gebührend herausgestellt worden sei. Heuss wies darauf hin, daß er manchmal im Parlamentarischen Rat die allgemeine Wehrpflicht ein „legitimes Kind der Demokratie“ genannt hätte. „Die Leute, die das Wort vom Bürger in Uniform zu ironisieren beginnen, wissen nicht, welchen Schaden sie damit dem ganz einfachen Vaterlandsgedanken zufügen.“

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache warnte der Bundespräsident vor Selbsttäuschungen angesichts der wachsenden deutschen Produktionsziffern. Der Erfolg des Fleißes darf nicht den Blick blinden für die Gefahr der übermäßigen politischen Selbstgewißheit.

## Parole: Einheit in Freiheit

Appell Freitags: Vergeßt die Zone nicht!

Berlin (Eigenmeldung). Der DGB-Vorsitzende Freitag hat über den Rundfunk an das Gewissen der freien Völker appelliert, nicht weiterhin die 18 Millionen Menschen in der Zone gegen ihren Willen der Unterdrückung ausgeliefert zu lassen.

An die Bewohner der Zone und Berlins gewandt, sagte er: „Wir können und werden die freien Völker der Erde nicht aus der Verpflichtung entlassen, diesen Schandfleck für alle Kulturen zu beseitigen.“

Die Parole des Jahres 1956 werde weiterhin heißen: „Wiedervereinigung in Freiheit.“ Freitag sagte, niemand werde die „sozialen Errungenschaften“ der „DDR“ antasten, sofern es diese überhaupt gebe. Die Ge-

## Trotz „Errungenschaften“

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Etwa 154 000 Sowjetzonen-Flüchtlinge haben sich im abgelaufenen Jahr in Westberlin gemeldet. Das sind über 50 000 mehr als im Vorjahr. Es wurden über 102 000 Flüchtlinge in das Bundesgebiet geflogen.

Im Dezember war im Vergleich zu den Vormonaten ein leichter Rückgang in der Flüchtlingsbewegung zu verzeichnen. Es wurden 12 000 Flüchtlinge registriert, das sind über 3000 weniger als im November und über 9000 weniger als im Oktober.

Das Sinken der Flüchtlingszahl im Dezember wird nicht zuletzt auf die verschärften Maßnahmen in der Sowjetzone gegen die Abwanderung zurückgeführt.

## 30 000 aus Mitteldeutschland

Köln (DPA). Zum 77. Deutschen Katholikentag, der vom 29. August bis 2. September in Köln stattfindet, werden insgesamt etwa eine Million Besucher erwartet, darunter rund 30 000 aus Mitteldeutschland. Dies kündigte der Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, in der Kirchenzeitung seines Erzbistums Köln an. Frings rief die Kölner zu christlicher Gastfreundschaft vor allem gegenüber den Besuchern aus der Zone auf.

werkschaften in der Bundesrepublik würden indessen diese Errungenschaften zumeist nur als leere Proklamation und Deklamation kennen, hinter denen sich das Ausbeutungssystem der Übererfüllung des Normensolls und der Volkswirtschaftspläne verbergen.

Auch in der Bundesrepublik sei noch manches zu tun, um die Lebenshaltung der Arbeitnehmer zu verbessern, räumte der DGB-Vorsitzende ein. Die Gewerkschaften der Bundesrepublik seien die Instrumente der Arbeitnehmer im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Gewerkschaften der Ostzone dagegen „Werkzeuge einer Staatspartei und einer ausbeuterischen Demokratie“.

## Ziel: Befreiung von der Sklaverei

### Ost-Europa-Politik unverändert — Antwort an Moskau

Washington (AP). Das Weiße Haus hat erklärt, daß die USA weiterhin die Befreiung der vom Kommunismus versklavten europäischen Völker auf friedlichem Wege anstreben. Die Erklärung ist eine Antwort auf die Kritik des sowjetischen Parteisekretärs Chruschtschow an der Weihnachtsbotschaft Präsident Eisenhowers an die osteuropäischen Völker.

Die Erklärung wurde von dem Pressechef des Weißen Hauses, Hagerly, nach Billigung durch Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles abgegeben. Sie hat folgenden Wortlaut: „Die friedliche Befreiung der versklavten Völker war und ist ein Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik und wird es — bis der Erfolg errungen ist — bleiben.“

Hagerly sagte weiter, Chruschtschow habe vor dem Obersten Sowjet erklärt, die Weihnachtsbotschaften von Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles verstießen gegen den Geist von Genf und bedeuteten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der kommunistischen Staaten. Die Westmächte hätten jedoch in Genf eindeutig klargestellt, daß der Geist von Genf keineswegs zu einem Verzicht auf die Forderung nach Freiheit und Gerechtigkeit für die osteuropäischen Völker führen dürfe. Eisenhower habe in seiner Eröffnungsansprache betont, daß die Völker Osteuropas bisher nicht das in der UN-Charta niedergelegte Recht erhalten hätten, ihr Regierungssystem frei zu wählen.

Politische Kreise Washingtons vertraten die Ansicht, daß die Rede Chruschtschows vor dem Obersten Sowjet die letzten Reste des „Geistes von Genf“ zerstört habe. Als besonders schwerwiegend wird Chruschtschows Ablehnung des Luftinspektionsplanes von Präsident Eisenhower bezeichnet, da Moskau bisher immer gesagt habe, es wolle den Plan noch prüfen und damit die Möglichkeit einer Zustimmung offen ließ.

### Versöhnungsgeste in Argentinien

Buenos Aires (DPA). Der argentinische Staatspräsident Aramburu machte am Jahresende eine Geste der Versöhnung und beförderte den Divisions-

general Eduardo Lonardi zum Generalleutnant, dem höchsten Rang in der argentinischen Armee. Lonardi war Führer der Revolution, die vor einigen Monaten den Präsidenten Perón stürzte. Er wiederum wurde dann im November von Aramburu abgesetzt. Lonardi, der sich zur Zeit in den Vereinigten Staaten aufhält, hat in einem Brief an Präsident Aramburu abgestritten, daß er gegen die Regierung konspirierte.

Mit 125 verhafteten Perónisten an Bord lief der argentinische Marinetransporter „Bahia Buen Suceso“ aus dem Hafen von Buenos Aires aus. Die Verhafteten sollen interniert werden.

wjetische Puls in der sachlichen Atmosphäre diplomatischer Gespräche gefühlt werden muß.

Natürlich wird der Vertreter der Sowjetunion in Bonn jede Gelegenheit benutzen, um seinerseits den deutschen Puls zu fühlen. Die Eile, mit der er nach Bonn gekommen ist, läßt vermuten, daß er möglichst keinen Tag des neuen Jahres ungenutzt lassen will. Er wird, insoweit können wir unbesorgt sein, ganz andere Eindrücke nach Moskau zu berichten haben, als Ulbricht und Grotewohl sie bisher vermittelt haben.

Aber eine Mahnung ist doch angebracht. Als Realisten, die sie sind, werden die Sowjets sehr darauf sehen, wie stark die innere Kraft und Geschlossenheit der fünfzig Millionen Deutschen in der Bundesrepublik ist. Je stärker der Eindruck ist, den sie in dieser Hinsicht bekommen, um so mehr und eher werden sie dazu kommen, unseren Willen nach Wiedervereinigung als eine Potenz zu nehmen, die politisch zu beachten ist. Daraus ergeben sich besondere Verpflichtungen für alle Parteien, für Arbeitgeber-

## Erzbischof von York †

York (England) (DPA). Der Erzbischof von York, Dr. Cyril Garbett, nach dem Erzbischof von Canterbury der höchste Würdenträger der Anglikanischen Kirche, ist im Alter von 80 Jahren gestorben.

In Deutschland wurde der Erzbischof bekannt, als er sich nach einem Besuch der britischen Besatzungszone im Herbst 1946 vor der englischen Öffentlichkeit gegen die Politik der Hungerrationen und der Demonstage aussprach. Dr. Garbett hat auch sonst in politischen Fragen mit leidenschaftlicher Hefigkeit Stellung genommen. Nachdem er sich jahrelang für ein internationales Verbot der Atomwaffen eingesetzt hatte, unterstützte er im März dieses Jahres im Oberhaus den Beschluß der britischen Regierung, künftig ebenfalls Wasserstoffbomben als Abschreckungsmittel gegen einen etwaigen Aggressor herzustellen.

## Ein politisches Schaltjahr?

(Fortsetzung von Seite 2)

verbände und Gewerkschaften, überhaupt für alle Gruppen, die in einem natürlichen Gegensatz zueinander stehen. Schon gar nicht aber können wir gebrauchen, daß etwa für die im Herbst 1957 fällige Bundestagswahl schon das Jahr 1956 zum Wahlkampf benutzt wird, am allerwenigsten im außenpolitischen Felde...

So ist diese Betrachtung zum Jahreswechsel wieder sehr nüchtern und alltäglich geworden. Wir brauchen nicht völlig unzufrieden zu sein mit dem alten Jahr, und wir brauchen nicht zu resignieren angesichts der Perspektiven des neuen Jahres. Gedanken der Besinnung pflegen meist abgeschlossen zu werden mit guten Vorsätzen. Wir Deutsche wollen das Jahr 1956 auf uns nehmen mit dem festen Willen, alle Kraft für unser größtes und drängendstes Anliegen einzusetzen, für deutsche Einheit in Freiheit und Frieden.

### Amnestie für Volksdeutsche

Belgrad (DPA). Die jugoslawische Regierung hat 28 volksdeutsche Kriegsverurteilte vorfristig aus der Haft entlassen.

So sind sie wirklich:

## „Antifaschismus ist eine Religion“

Neun Todesurteile, 22mal „Lebenslänglich“ und 1818 Jahre Zuchthaus für 211 Angeklagte — das nüchterne Fazit aus 120 politischen Prozessen. Die Jahresbilanz 1955 der Justizministerin Hilde Benjamin. Beinamen wie „Rote Hilde“ werden ihr nicht gerecht. Diese Frau ist ein Phänomen des Bösen. Und man muß ihre in das Gebiet des Pathologischen greifenden Motive verstehen, um sie ganz beurteilen zu können. Hilde Benjamin lebt vom Haß. Sie ist intellektuelle Kommunistin der zwanziger Jahre, zählt also zu denen, die heute meist im anderen Lager stehen. Die SED als Partei und viele ihrer heutigen Führer sind ihr gleichgültig. Was aber treibt diese Frau zu jenen Haßausbrüchen, die ihr Bild so abscheulich erscheinen ließen?

Hilde Benjamin stammt aus einer vermögenden Berliner Kaufmannsfamilie. Gegen den Willen der Eltern setzte sie die Heirat mit dem kommunistischen Rechtsanwalt Benjamin durch. 1924, mit 22 Jahren, wird sie Mitglied der KPD. Georg und Hilde Benjamin werden zu den gesuchtesten Strafverteidigern. Ihre präzisen Kenntnisse bürgerlicher Gesetzgebung retten zahllose Kommunisten vor dem Zuchthaus. In Künstlerklubs und Literaturzirkeln verfiel die Benjamin Ideen, die weit von dem entfernt sind, was inzwischen Parteilinie geworden ist.

Bekannte aus dieser Zeit sagen, die Weltanschauung der Hilde Benjamin sei ihr Mann gewesen. Die Liebe zu ihm ließ sie Kommunistin werden. 1931 sagt sie sich anlässlich eines Prozesses von ihrer Familie und jeder bürgerlichen Herkunft los.

### Apokalypse der Rache

1933 fallen die Benjamins den Nazis zum Opfer. Aus illegalen Quartieren vertrieben, flüchtet Hilde nach Prag, und Georg — von einer Widerstandsgruppe im Stich gelassen — kommt in ein

### HILDE BENJAMIN



KZ. In der Sowjetunion erfährt seine Frau 1942 den Tod des Mannes im KZ Mauthausen.

Seit jenem Tage lebt die Benjamin der Rache. Am Tage der Todesnachricht hat sie geschworen, die Mörder Georg Benjamins zu finden und dem Henker zu überantworten. Wieviel Mörder hat es in jenen Jahren gegeben! Die Benjamin hat in Kriegsgefangenenlagern und Gefängnissen nach Leuten aus Mauthausen geforscht. Als sie die Mörder nicht zu finden vermochte, suchte sie die Schuld im Kollektiv. Sie wurde zur Apokalypse der Rache.

Die SED gab ihr die Macht zur Rache, so wurde sie glühende Verfechterin des Zonenregimes. Jeder Feind dieses Regimes ist in ihren Augen ein Faschist, jeder Faschist aber schuldig am Tode Georg Benjamins . . .

### Der Haß wird Gesetz

1945 wird sie Oberstaatsanwältin in Berlin. Die ersten politischen Urteile der Nachkriegsgeschichte werden von der Benjamin gefordert. Dann wird sie, wenige Monate später, in der Justizverwaltung für die antifaschistische Säuberung verantwortlich gemacht. Die Benjamin verwandelt Richter in Gerichtete. Blind

der Haß sorgt dafür, daß vielen Unrecht geschieht. „Der Antifaschismus ist eine Religion!“ erklärt sie den ersten von ihr ausgebildeten „Volksrichtern“. Ihr Haß wird zum neuen Gesetz.

Als Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofes übt sie in der Folgezeit ihr Amt ausgerechnet unter einem „echten Nazi“, dem Präsidenten Meisheimer, aus. Auch hierin liegt Perversion. Sie zwingt Meisheimer, gegen seine alten Genossen Urteile zu fällen, wie sie diese selbst einst auszusprechen pflegten. Wieder fällt alles unter die Definition „Faschist“, was gegen die SED denkt und zu handeln wagt. Der 17. Juni bringt ihren Triumph: Hilde Benjamin wird Justizministerin der „DDR“. Die Todesstrafe wird ihr Instrument. Längst hat sie sich von jenen bürgerlichen Gesetzen freigemacht, die ihr einst als Strafverteidigerin dienlich waren. Die Benjamin verteidigt weder Gesetz noch Menschen, sie klagt nur noch an.

Die Schaffung eines neuen Gesetzbuches ist ihre Lebensaufgabe geworden. Sie will ein „Klassengesetz“, das den Unterdrückten gegen die Herrschenden helfen soll. Und vergißt dabei, daß die „Unterdrückten“ inzwischen dabei sind, ein Terrorregime aufzubauen, dem die „Herrschenden“ längst zum Opfer fielen und das laufend neue Unterdrückungen manifestiert. Der Haß ist zum Schicksal der Benjamin geworden. Er hat sie blind gemacht für Recht und Gesetz. Darum wird ihr der Name „Rote Hilde“ nicht gerecht. Viele Menschen leben vom Haß, in einer Zeit, wo mit Verstand gehandelt werden muß. Nur wenigen aber wird Macht gegeben, so verhängnisvoll zu wüten. Die Schuld liegt bei der SED, die den abgrundtiefen, zur Ungerechtigkeit gewordenen Haß einer Frau ausnutzt, um durch ihn „Recht“ zu sprechen.

## „Wohin, Genossen, mit dem Gerümpel?“

Sowjets geben Armee-Kaufhäuser in Zonenregie

Seit 1945 besitzt die Sowjetarmee in der Zone rund 800 unter militärischer Verwaltung stehende Kaufhäuser und Spezialmagazine, in denen Soldaten und Offiziere die sowjetzonale Zivilproduktion zu Sonderpreisen kaufen können. Gegen Ostmark oder Rubel-Chips kann der Kaufberechtigte hier Dinge zu Exportpreisen erwerben, die der Zonenbewohner höchstens auf der Leipziger Messe betrachten kann. Jetzt gibt die Ostpresse die Rückgabe von sieben dieser Warenhäuser und 53 Verkaufsstellen „mit dem gesamten Warenbestand“ an die Zonenorgane bekannt. Das SED-Zentralorgan bezeichnete die Übergabe als „25-Millionen-Geschenk“.

Tatsächlich hat die Sowjetarmee der SED weder etwas geschenkt noch sind die Zonenbehörden sehr glücklich über diese Morgengabe. Es handelt sich hier um nach 1945 enteignete Kaufhäuser und Privatgeschäfte, die niemals als Reparations- oder Besatzungskosten-Leistung verbucht worden sind. Die „25 Millionen“ setzen sich also zusammen aus dem geschätzten Wert dieser Unternehmen samt dem Warenbestand, der sinnigerweise zu „den gegenwärtig gültigen Preisen“ errechnet worden ist.

Das heißt also: Die Sowjetarmee hat 1945 Privatgeschäfte beschlagnahmt, ohne den Besitzern eine Entschädigung zu zahlen oder aber den Zonenbehörden die Beschlagnahme anzurechnen. Die Rückgabe kann daher von keiner ostzonalen Stelle als „Einnahme“ gebucht werden. Der Wert für HO oder Konsum ist fragwürdig: Die Verkaufsstellen sind örtlich meist so gelegen, daß man sie nicht in der jetzigen Größe aufrechterhalten kann. Für die Umstellung auf HO- oder Konsum-Betrieb wären weiterhin große Umbauten erforderlich, die sich nicht rentieren. Was soll der Konsum schließlich mit einem bisherigen Armeekaufhaus in der Nähe

### Höhere Normen

Berlin (AP). Die IG Bergbau des kommunistischen FDGB der Sowjetzone hat von der Sowjetzonenregierung gefordert, höhere, „technisch begründete“ Arbeitsnormen ab 2. Januar im gesamten Steinkohlenbergbau obligatorisch einzuführen. Nahezu 93 Prozent der Bergarbeiter im Zwickau-Ölsnitzer Steinkohlenrevier sollen diese Forderung durch ihre Unterschrift bekräftigt haben.

einer Sowjetgarnison, für das er weder zusätzliche Waren noch Verkaufspersonal stellen kann?

### „25 Millionen Unkosten!“

Vorerst erwachsen HO und Konsum durch dieses „Geschenk“ enorme Unkosten. Nicht umsonst sprechen die Eingeweihenen von einem „25-Millionen-Unkosten-Geschenk“ der Roten Armee.

Anders ist es mit dem „Inventar“. Die ostzonalen Übernahmekommissionen haben Mühe, sich durch die hinterlassenen Bestände durchzuwühlen. Was die Rotarmisten seit 1945 an Zonenproduktion verschmähten, wurde in den Speichern der „Gastronoms“ und „Magazine“ aufgetürmt. Die Hinterlassenschaft eignete sich bestens für ein Zeitgeschichte-Museum, in dem Interessierte die Entwicklung der Zonenproduktion von 1945—1950 studieren können. In der Mehrzahl

sind es Textilien, minderwertige Lederwaren und Erzeugnisse der Andenkenindustrie. Sachen, die selbst sibirische Kolchosbauern nicht mit in die Heimat nehmen wollten.

Für HO und Konsum ist das ganze eine unangenehme Angelegenheit. Sie haben gerade „entrümpelt“. Mit der „Weihnachtsspende der Regierung an die Volkssolidarität“ sind sie ihre größten unabsetzbaren Bestände losgeworden und nun bricht der Sowjetseggen über sie herein. Das Unangenehmste aber ist, daß die Regierung den Handelsorganen wiederum diese 25 Millionen als Einnahme auf die „Haben“-Seite bucht. Das heißt, daß der Handel den von den Sowjets hinterlassenen Ramsch zu Standardpreisen wieder unter die Leute bringen muß.

Und die Rote Armee? Sie hat ihre Heeres-Markentenderei inzwischen „umgestellt“. Hat ein Netz rentabler kleiner Geschäfte aufgebaut, in denen Offiziere und Soldaten nun tatsächlich Erzeugnisse neuester Zonenproduktion zu Vorzugspreisen kaufen können. Die Preise? Sie betragen etwa ein Drittel dessen, was in der HO bezahlt werden muß. Wenn man rechnet, daß der Rubel immer noch doppelt so hoch gerechnet wird wie die Ostmark, ist das ein schönes Geschäft. Bei dem man schon einmal „25 Millionen verschenken“ kann...

## Ein Vopo griff zu ...

Kürzlich weinte der vierjährige Andreas S. auf der Lindenstraße in unmittelbarer Nähe der Sektorengrenze in Berlin laut und heftig. Dieser kleine Berliner erlebte erstmalig die Spaltung der Stadt und die Praktiken der Vopos auf eindringliche Weise. Der Weihnachtssmann hatte ihm einen Zündplättchen-Colt gebracht, und mit diesem „Schiefseisen“ bewaffnet, saß der militaristische Knabe nebst ein paar gleichaltrigen in einem Hauseingang (Westsektor) und knallte. Er knallte ins Blaue hinein, ohne sich etwa der in der Nähe auf Friedenswacht postierten Vopos als imaginärer Zielscheibe zu bedienen. Doch

ein Vopo erkannte sofort den aggressiven Geist des Vierjährigen, er näherte sich auf dem hier bereits ostsektoralen Bürgersteig, griff beherrzt in den westsektoralen Hauseingang und entwarfnete den Übeltäter. Der Vierjährige erwies sich immerhin als so pazifistisch, daß er dem Vopo keinen Widerstand entgensetzte, sondern tränenvoll nach seiner Omi rief. Dem wackeren Sektorenwächter aber gebührt ein Friedenspreis! — hat er doch die „DDR“ vor einem typischen Angriff aus Westberlin mannhaft geschützt. (Den Zündplättchen-Colt dürfte man demnächst in der Sammlung beschlagnahmter westlicher Sabotagegegenstände mit Empörung bewundern können.)

## Die nächsten hundert Jahre Was ein Physiker schon heute voraussehen kann

New York (Eigenbericht). Der große englische Physiker Sir George Thomson, der 1937 den Nobelpreis für Physik erhielt, hat eine physikalisch-technisch-soziologische Zukunftsbetrachtung geschrieben, die soeben gerade rechtzeitig zum Jahreswechsel, in einem amerikanischen Verlag veröffentlicht worden ist. Das kleine und bescheidene, aber nützliche und faszinierende Buch trägt den anspruchsvollen Titel „Die vorhersehbare Zukunft“ („The foreseeable Future“) und bemüht sich, im Unterschied zu anderen kürzlichen amerikanischen Publikationen, nicht darum, den Stand der Erde und ihrer Bewohner in zehntausend oder einer Million Jahren zu skizzieren; es begnügt sich mit den wahrscheinlichen Veränderungen, die in der nahen Zukunft, etwa im Laufe der nächsten hundert Jahre, also weitgehend noch zu Lebzeiten der Kinder und Enkel unserer heutigen Generation, das Alltagsdasein der Menschen beeinflussen dürften.

Sir George Thomson hält sich nicht lange damit auf, blitzschnelle Flugzeuge und atomisch betriebene Kochherde zu prophезieren. Er sagt, daß Flugzeuge mit einer Fluggeschwin-

digkeit von 8000 km pro Stunde sehr bald zu erwarten sein werden, — aber er fragt, ob damit den Menschen viel gedient sein dürfte. Für begrenzte Flugstrecken, etwa von New York nach Chicago oder von London nach Zürich, sind ja Flugzeuge mit solchen Blitzgeschwindigkeiten kaum sinnvoll, geschweige denn ökonomisch rentabel, — und ob man den Atlantischen Ozean in drei Stunden oder in zwei Stunden überqueren kann, ist kaum noch ein belangvoller Unterschied. Im übrigen nimmt er an, daß künftige Konferenzen, zwischen Außenministern und Geschäftsleuten zweier Länder zum Beispiel, ohne Reisen erfolgen werden, einfach mit Fernbild- und Ferngesprächübertragung über den Ozean hinweg, in normalem Zwiegespräch, ohne daß die beiden Gesprächspartner ihre üblichen Schreibtischsessel zu verlassen brauchen. Also wird die Jagd nach Flugzeuggeschwindigkeit eines Tages ihre natürlichen Grenzen finden.

Der Autor lenkt dafür die Aufmerksamkeit der Leser auf andere physikalische Aufgaben, die meist weniger beachtet, für die Menschen der Zukunft aber viel wichtiger werden dürften.

Die Benutzung von gereinigtem Meerwasser für künstliche Bodenbewässerung, die Verwendung von Wüsten, tropischen Dschungel und arktischen Eiszonen für die Landwirtschaft, die Erzeugung künstlichen Regens oder aber die „Umlenkung“ von natürlichem Regen von Meeresgebieten (wo Regenfall ja wenig praktischen Wert hat) auf trockene Landgebiete, die Bekämpfung von Pflanzenpest und Schädlingen: das wären so einige physikalisch-naturwissenschaftliche Aufgaben, die in den nächsten hundert Jahren gelöst werden sollten, — und angesichts der Vorarbeiten, die auf diesen Gebieten bereits geleistet worden sind, glaubt Thomson, daß die Lösung dieser Probleme auch nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Allerdings: soll man nicht vielleicht daran denken, daß, mit verbesserten Verkehrsmitteln und politischen Zusammenhängen von Staaten in Zukunft ein Bauer aus dem Norden im Winter nach dem Süden gehen kann, ähnlich den Zugvögeln, daß also z. B. der schwedische Bauer im Sommer in Schweden Sommerweizen anbaut und im Winter in Algerien Winterweizen?

Freilich führen alle solche Gedanken endlich in das Gebiet der höheren Philosophie, — und bald zeigen sich Grenzen des heutigen menschlichen Wissens. Thomson weist mit Recht darauf hin, daß man mehr Geld und Mühe in die Erforschung der Frage hineinsteckt, wie man die Kartoffelproduktion intensiver gestalten kann, als in die Frage, wie man Kindern am zweckmäßigsten und sinnvollsten das Lesen beibringt, und er beklagt die Einseitigkeit und Unzulässigkeit unserer ganzen heutigen wissenschaftlichen Forschung, die das wichtigste Gebiet von allen, den menschlichen Geist, vernachlässigt und von jeder Forschungsarbeit ausschließt. Und dennoch haben wir vom menschlichen Geist die großen Überraschungen zu erwarten und die Antworten auf tausend vom Verfasser aufgezählte drängende Fragen von heute.

## George Marshall wurde 75

George Marshall, der Schöpfer des Marshallplanes, feierte seinen 75. Geburtstag. Während des Krieges war er Chef des Generalstabes der amerikanischen Streitkräfte. Er entwarf den Plan zur Invasion Europas. Von 1947 bis 1949 war er amerikanischer Außenminister, von 1950 bis 1951 Verteidigungsminister. Am 5. Juni 1947 gab er in der Harvard-Universität den Plan der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Europa bekannt (Marshallplan), der später die Bezeichnung European Recovery Programm (ERP) erhielt.

In Marshalls Harvard-Rede hieß es: „Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut,

Verzweiflung und Chaos schlechthin.“ Die Marshallplanhilfe wurde auch der Bundesrepublik und besonders Westberlin zuteil. Sie war für uns wie für das westliche Europa eine wertvolle Starthilfe, die den Hunger schnell vertrieb. Noch nach dem Aufhören der Dollarströme aus den Mitteln des Marshallplans bestehen in vielen Ländern die ERP-Fonds weiter, aus denen Kredite gewährt werden, die auf dem Kapitalmarkt zu gleichen Bedingungen nicht zu haben sind.

1953 erhielt Marshall zusammen mit Albert Schweitzer den Friedens-Nobelpreis. Überall in Europa, wo wie in Westberlin zahllose ERP-Tafeln stehen, wird dieses 75jährigen Jubilars in Dankbarkeit gedacht.

## 3 Millionen Menschen als Reparationen

Was Stalin verlangte — Geheime Jalta-Dokumente

Washington (AP/DPA). Die Sowjetunion hat kurz vor Beginn der Jalta-Konferenz dem damaligen amerikanischen Präsidenten Roosevelt eine Zerstückerlung Deutschlands vorgeschlagen und die Verschleppung von Millionen von deutschen Männern und Frauen als „Arbeitsreparationen“ nach dem Osten auf die Dauer von zehn Jahren gefordert. Dies geht aus bisher geheimgehaltenen Dokumenten über die Jalta-Konferenz hervor, die jetzt vom US-Außenministerium veröffentlicht wurden.

Der damalige amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman, berichtet in einem Memorandum, der stellvertretende sowjetische Außenminister Malsky habe die deutschen Arbeitskräfte als einen Teil der Reparationen bezeichnet. Für die Verschickung kämen in erster Linie die kleineren Kriegsverbrecher und aktive Parteimitglieder in Frage. Malsky habe von zwei bis drei Millionen Männern und Frauen gesprochen.

Aus den Dokumenten geht weiter hervor, daß der Morgenthau-Plan, dessen Ziel die Verwandlung Deutschlands in einen reinen Agrarstaat war, von Roosevelt und Churchill gebilligt wurde. Ihre Außenminister Hull und Eden opponierten jedoch schärfstens gegen den Plan und setzten schließlich

durch, daß er fallengelassen wurde.

Noch vor Ende des zweiten Weltkrieges entstanden zwischen den USA und der Sowjetunion erhebliche Spannungen. Am 2. April 1945 berichtet Harriman, er sei über das sowjetische Vorgehen vor allem in der polnischen Frage „sehr besorgt. Diese Besorgnis gehe auf die „Häufung kleiner Zwischenfälle“ zurück.

## Katastrophe in Ostafrika

Nairobi (DPA). Starke Stürme, die zur Zeit über Ostafrika wüthen, haben eine schwere Katastrophe ausgelöst. Auf dem Victoria-See kenterte eine mit 40 Personen besetzte Fähre. Man befürchtet, daß 23 Insassen ums Leben kamen. Der See ist durch Krokodile verseucht.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.



**BILD DER WOCHE:** Die ersten Einheiten der bundesdeutschen Streitkräfte in Andernach